

Stand: 20.04.2026 06:29:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/378

"Umfassender Klimaschutz für Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/378 vom 20.02.2019
2. Beschluss des Plenums 18/410 vom 21.02.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 21.02.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Umfassender Klimaschutz für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Folgen des Klimawandels werden eine der größten Herausforderungen der Menschheit im 21. Jahrhundert. Die Eindämmung der Ursachen und die Abschwächung der Folgen der Erdüberhitzung sind eine zentrale Aufgabe der Politik. Handeln auf allen Ebenen ist notwendig. Die bisherigen Maßnahmen sind offensichtlich ungenügend. Auch die Aufnahme des Klimaschutzes in die Bayerische Verfassung ist nicht ausreichend, wenn nicht gleichzeitig konkrete Maßnahmen auch in Bayern getroffen werden, die weit über die bisherige Politik hinausgehen.

Der Landtag befürwortet daher eine rasche Verabschiedung eines Bayerischen Klimaschutzgesetzes, damit Bayern seinen gerechten Anteil zur Erfüllung der Beschlüsse der Pariser Klimakonferenz tatsächlich trägt. Dieses Gesetz soll zum Ziel haben, dass Bayern bis 2050 klimaneutral ist. Darin sind auch ehrgeizige und konkrete Zwischenziele festzulegen, um die Temperaturerhöhung auf 1,5°C zu begrenzen. Dazu gehört, dass sämtliche Bereiche der Öffentlichen Hand bis 2040 klimaneutral werden. Kommunen über 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner werden verpflichtet Klimaschutzkonzepte zu erarbeiten und Kommunen über 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner haben Wärmekonzepte zu erstellen. Dabei ist das Konnexitätsprinzip nach Art. 83 Abs. 3 der Verfassung zu beachten. Ebenso werden in dem Klimaschutzgesetz die Erarbeitung eines Landesklimaschutzkonzepts mit konkreten Sektorzielen, ein zeitnahes Monitoring und die Einsetzung eines unabhängigen Klimarats verankert.

Der Landtag befürwortet die Verabschiedung eines Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes zur stärkeren Nutzung von erneuerbaren Energien bei der Wärmeversorgung der Gebäude, ähnlich einem seit über zehn Jahren gültigen Gesetz in Baden-Württemberg. Der Landtag will den Zubau von Windkraftanlagen wieder auf ein in den letzten Jahren bereits erreichtes Niveau heben, damit ein jährlicher Zubau von mehreren 100 Megawatt Windkraftanlagen realisiert wird. Dazu sind die derzeit ungeeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen kurzfristig zu verändern.

Der Landtag befürwortet eine Veränderung der Verteilung der Investitionsfördermittel nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz: Zukünftig sollen zwei Drittel für Projekte des Umweltverbundes (ÖPNV, Radverkehr) und ein Drittel für Projekte des kommunalen Straßenbaus eingesetzt werden. Der Landtag befürwortet die umfassende Förderung von Verkehrsverbänden mit dem Ziel, dass in ganz Bayern Verkehrsverbände entstehen.

Der Landtag befürwortet ein Förderprogramm zur Reduzierung des Stickstoffeintrags bei der Düngung mit dem Ziel, einen Gesamteintrag unter Berücksichtigung des Eintrags aus anderen Quellen von maximal 50 kg Stickstoff/ha zu erreichen. Der Landtag

befürwortet ein Förderprogramm zur Reduzierung der ackerbaulichen Nutzung von Niedermoorböden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Treibhausgasemissionen Bayerns jährlich sowohl als Quellenbilanz als auch als Verursacherbilanz zu ermitteln und zeitnah zu veröffentlichen. Dabei sollen nicht nur die energiebedingten Emissionen, sondern auch die Emissionen aus den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung, sowie aus dem Bereich der industriellen Produktion erfasst werden. Die Emissionen aus dem Verkehrsbereich sollen nach den verschiedenen Verkehrsträgern getrennt ausgewiesen werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Rosi Steinberger, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/378

Umfassender Klimaschutz für Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Horst Arnold

Abg. Alexander Hold

Abg. Christian Klingen

Abg. Florian von Brunn

Abg. Christoph Skutella

Staatsminister Thorsten Glauber

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umfassender Klimaschutz für Bayern (Drs. 18/378)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am 1. Dezember 2010 – das war vor mehr als acht Jahren – wurde hier im Haus anlässlich der anstehenden Klimakonferenz in Mexiko vom damaligen Umweltminister eine Regierungserklärung zum Klimaschutz abgegeben. Der Umweltminister verkündete, dass Bayern beim Klimaschutz Vorreiter sei und dass die CO₂-Emissionen pro Kopf bereits unter sechs Tonnen gedrückt werden konnten. Sie hätten dann bei 5,99 Tonnen gelegen. Da würden wir nicht stehen bleiben, hat der damalige Umweltminister stolz verkündet. Wir ruhten uns nicht aus, wir wollten einen klaren Beitrag leisten, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. "Bayern regenerativ" sollte das neue Rezept heißen. Das waren die vollmundigen Worte des damaligen Umweltministers.

Was ist daraus heute, im Jahr 2019 geworden? – Wir sehen, dass die Karriere des damaligen Umweltministers gelungen ist. Er ist heute Ministerpräsident. Ansonsten sieht die Bilanz aber sehr, sehr düster aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern sind die CO₂-Emissionen pro Kopf seitdem gestiegen. In keinem anderen relevanten Bundesland, außer vielleicht noch in Sachsen, sind die CO₂-Emissionen in diesem Zeitraum gestiegen. Wir sind heute bei 6,2 Tonnen pro Kopf. Bei dieser Steigerung sage ich ganz klar: Was für ein Scheitern beim Klimaschutz!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum wird denn die CO₂-Bilanz in Bayern nicht besser? – Weil Sie nach wie vor auf Gaskraftwerke und Kohlestromimport, aber nicht auf erneuerbare Energien setzen. Von wegen "Bayern regenerativ"! Dank Ihrer Politik wurden im letzten Jahr gerade einmal acht Windräder neu gebaut. Acht Windräder! Die produzieren das ganze Jahr so viel Strom, wie unsere Industrie in Bayern an einem halben Tag verbraucht. Das ist wirklich ein Scheitern auf ganzer Linie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Klimaschutz ist die für die Menschheit entscheidende Frage. Natürlich ist es sinnvoll, dieses Ziel im Grundsatz in die Verfassung aufzunehmen. Dieses Ziel macht aber nur im Paket mit einem Klimaschutzgesetz Sinn. Dieses Gesetz muss ehrgeizige Ziele und die entsprechenden Maßnahmen enthalten; denn sonst bleibt es nur bei schönen Worten. Bei schönen Worten spielen wir aber nicht mehr mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Vergleich zwischen 2010 und 2019 ist deutlich geworden, was uns die Erfahrung lehrt: Unglaublichkeit kann man beim Klimaschutz auf einen Nenner bringen, und der heißt CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das einzig Neue bei diesem Thema ist, dass Sie jetzt auf einmal von den FREIEN WÄHLERN Konkurrenz bekommen haben. Wir wollen heute sehen, wie ernst es Ihnen mit dem Klimaschutz ist. Deshalb haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Die Kernforderung dabei lautet:

Der Landtag befürwortet daher eine rasche Verabschiedung eines Bayerischen Klimaschutzgesetzes [...]. [...] Darin sind auch ehrgeizige und konkrete Zwischenziele festzulegen, um die Temperaturerhöhung auf 1,5° C zu begrenzen.

Weiter heißt es, dass sämtliche Bereiche der öffentlichen Hand bis 2040 klimaneutral werden sollen. Die öffentliche Hand muss dazu die nötigen Maßnahmen ergreifen. Wir brauchen ein Landesklimaschutzkonzept mit konkreten Sektorzielen, wir brauchen ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz, mit dem wir die Wärmewendeziele erreichen. Dem Ausbau der Windkraft sollen neue Perspektiven eröffnet werden. Der ÖPNV und der Radverkehr sollen zwei Drittel der Investitionsfördermittel für den Verkehr erhalten. Der Stickstoffeintrag soll reduziert werden. Niedermoorböden sollen zunehmend aus der Ackerbaunutzung genommen werden. Das sind die Ziele in unserem Dringlichkeitsantrag.

Ich möchte noch einmal auf die Regierungserklärung des damaligen Umweltministers Markus Söder aus dem Jahr 2010 zurückkommen. Damals hat er gesagt, man wolle tatkräftig handeln, denn es gehe um die Zukunft unserer Kinder. Sie sehen heute, dass die Schülerinnen und Schüler gegen Ihre Politik demonstrieren. Sie gehen bei "Fridays for Future" auf die Straße. Sie haben die Zahlen, die ich eben erwähnt habe, nicht im Kopf – das brauchen sie auch nicht –, aber Sie verstehen und spüren ganz genau, dass sie von Ihnen, der Staatsregierung, und von der Bundesregierung in Berlin einfach nur verarscht werden,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass am Sonntag schöne Reden geschwungen werden und dass es am Montag so weitergeht wie bisher. Unsere Jugend, sehr viele Bürgerinnen und Bürger und wir GRÜNE haben die Schnauze voll von Ministern, die nur ankündigen und beteuern, sie wollten tatkräftig handeln, denn es gehe um die Zukunft unserer Kinder, die aber außer Worten nichts liefern. Nein, diese Politik unterstützen wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn es Ihnen mit dem Klimaschutz ernst ist – die Lage ist verdammt ernst –, dann stimmen Sie heute unserem Antrag zu. Das Votum der Regierungsfractionen wird

unser Abstimmungsverhalten bei der Frage, ob der Klimaschutz in die Verfassung aufgenommen werden soll, am nächsten Dienstag wesentlich beeinflussen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Haben Sie eine Position, oder wollen Sie uns nur erpressen?)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Stümpfig. – Das Wort hat Herr Kollege Eric Beißwenger von der CSU.

Eric Beißwenger (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicher ist es wichtig, das Thema Klimaschutz weiterhin aufzugreifen, denn der Schutz des Klimas ist eine zentrale Herausforderung und eine weltweite Aufgabe. Der Klimawandel ist in Bayern wie in vielen weiteren Teilen der Welt spürbar und natürlich auch messbar. Die Durchschnittstemperaturen steigen. Immer häufiger kommt es zu extremen Wetterereignissen, leider auch mit teilweise erheblichen Personen- und Sachschäden. Ich denke auch an den Schneefall zu Beginn des Jahres bei uns im Alpenraum. Gott sei Dank ist alles noch einmal glimpflich ausgegangen, und das auch dank des Einsatzes vieler tatkräftiger Helfer. Ich kann nur sagen: Es war bestimmt ein extremes Wetterereignis, aber früher hat man so etwas auch einmal Winter genannt.

Der Klimaschutz soll in Form einer Staatszielbestimmung in die Verfassung aufgenommen werden. Damit wird der Klimaschutz auch ausdrücklich als vorrangige Aufgabe für Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts benannt. Es geht also um mehr als nur darum, ein Wort einzusetzen. In einem ausführlichen bayerischen Klimaschutzgesetz sollen konkrete Ziele wie zum Beispiel die Reduzierung der Treibhausgasemissionen in Bayern bis auf unter fünf Tonnen je Einwohner und Jahr bis 2030 und bis auf unter zwei Tonnen bis 2050 verankert werden. Ein Klimaschutzgesetz des Bundes würden wir natürlich auch begrüßen. Der Schutz des Klimas als Staatsziel sollte eigentlich unbestritten sein. Die SPD nutzt aber gemeinsam mit der Fraktion der GRÜNEN im Plenum den Klimaschutz für politische Spielchen.

(Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Ach was!)

Anscheinend soll die beantragte Verfassungsänderung zur Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel auf die lange Bank geschoben werden. Die Folge wäre, dass die Wählerinnen und Wähler nicht mehr im Zuge der Europawahl über die Verfassungsänderung abstimmen könnten.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Das machen wir zusammen mit dem Volksentscheid!)

Der Klimaschutz könnte dann frühestens ein Jahr später im Rahmen der Kommunalwahl beschlossen werden. Das ist wirklich nicht zu verstehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte kurz auf Ihre Vorschläge eingehen. Der Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung von Gebäuden wird bundesgesetzlich durch das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz geregelt. Ein zusätzliches Landesgesetz wie das Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Baden-Württemberg, das parallel zu den Regelungen des Bundesgesetzgebers besteht und teilweise darüber hinausgeht, halte ich für überflüssig. Das ist abzulehnen. Bei der energetischen Modernisierung des Gebäudebestandes befürworten wir Anreize für die Bürger in Form von Förderungen anstelle von ordnungsrechtlichen Zwangsmaßnahmen. Um eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energien bei der Wärmeversorgung im Gebäude und eine Verbesserung der Effizienz zu erreichen, wurde in Bayern bereits 2015 das 10.000-Häuser-Programm eingeführt. Das Programm erreicht seine Ziele, unter anderem wird ein Beitrag zur CO₂-Reduktion geleistet. Das Programm wird weiterentwickelt und fortgeführt werden.

(Florian von Brunn (SPD): Welche Reduktion, Herr Beißwenger?)

Ich komme nun zur Windkraft, weil Sie diese angesprochen haben. Uns ist sehr wohl bewusst, dass es im Zusammenhang mit der Energiewende sehr viele unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen gilt. Dies ist auch bei der Windkraft der Fall. Ob es

um die Sorge hinsichtlich des Landschaftsbildes, um den Einsatz für das Gelingen der Energiewende oder um die Wahrnehmung einer wirtschaftlichen Chance geht: Es handelt sich um unterschiedliche Belange, die einer Gesamtabwägung zu unterziehen sind.

Zum Thema Verkehr wurde beim SPD-Antrag schon umfangreich berichtet.

(Florian von Brunn (SPD): Aber wenig konkret!)

Die Straße ist und bleibt im Flächenstaat Bayern auf absehbare Zeit der wichtigste Verkehrsträger. Beim ÖPNV gibt es viele Investitionen und Förderprogramme. Neben den Investitionsförderungen spielt für den ÖPNV vor allem durch die Zuweisung die Betriebskostenförderung eine große Rolle. Zudem existieren zusätzlich zu den Mitteln des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes weitere Fördermöglichkeiten für den ÖPNV, beispielsweise im Bauministerium für investive Maßnahmen.

Ein Thema, dem Sie sich gewidmet haben, war die Düngung. Es soll ein Förderprogramm zur Reduktion des Stickstoffeintrags geben. Mit ist nicht ganz klar, was damit genau gemeint ist. – Ich interpretiere jetzt einmal. – Wahrscheinlich ist der Gesamteintrag des Stickstoffüberschusses gemeint. Derzeit läuft eine Novellierung des Düngerechts und der Stoffstrombilanzverordnung. Dies soll die Baseline für ein entsprechendes Förderprogramm darstellen. Die Novellierung muss natürlich abgewartet werden. Das Förderprogramm zur Reduzierung der ackerbaulichen Nutzung von Moorböden, welches Sie ansprechen, gibt es bereits. Das ist das KULAP B29, also die Umwandlung von Acker in Grünland – Gebietskulisse Moore. Das hat sich also erledigt.

Ich kann Ihnen nur sagen: Bayern investiert in den Klimaschutz mehr als jedes andere Bundesland. Ich will jetzt nicht auf die einzelnen Programme eingehen. Seit 2008 hat Bayern über eine Milliarde Euro investiert.

Ich wollte einen kurzen Überblick über die bereits getroffenen Maßnahmen geben. Darüber hinaus weise ich noch einmal darauf hin, warum der Klimaschutz in die Ver-

fassung aufgenommen werden soll. Der Kollege Stümpfig hat erwähnt, dass die CO₂-Belastung seit 2010 gestiegen sei. Er lässt hierbei jedoch die Bevölkerungsentwicklung und die wirtschaftliche Entwicklung außer Acht. Wir sollten nicht Sand in die Augen streuen. Wir sollten das ganz klar sagen.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Pro-Kopf-Zahlen, Herr Beißwenger!)

Den Antrag der GRÜNEN, liebe Vielflieger, lehnen wir natürlich ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Beißwenger. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Der Kollege Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Beißwenger, Sie haben einige Dinge aufgezählt, auf die ich eingehen möchte. Sie sagen, dass sich das Thema mit der Renaturierung von 50 Mooren erledigt hat. Die Staatsregierung verfolgt derzeit ein Programm, in dem 50 Moore renaturiert werden. Jedoch gibt es mehrere Hundert, vielleicht sogar Tausende Vorhaben, die man anpacken müsste. Für Sie ist das Thema erledigt. Das ist im Klimaschutz mehr als lächerlich. Die halbseitigen Maßnahmen, die Sie aufgezählt haben, sind mehr als lächerlich. Dem Klima ist es egal, wie viele Millionen Euro Sie mit der Gießkanne in Bayern verteilen. Die CO₂-Emissionen sind gestiegen. Das waren damals die Auskünfte Ihres jetzigen Ministerpräsidenten. Sie könnten schon mal sagen, dass das vielleicht falsch war, was er damals gesagt hat. Das würde mich auch interessieren. Die Frage ist: Warum sind die CO₂-Emissionen 2016 im Vergleich zu 2010 gestiegen?

Abschließend möchte ich noch auf den Zeitplan eingehen. Am 14.01.2019 hat Herr Kreuzer die anderen Fraktionsvorsitzenden zu einem gemeinsamen Gespräch zum Thema "Klimaschutz in der Verfassung verankern" eingeladen. Heute Nachmittag fällt es Ihnen ein, noch einmal ein Treffen zu veranstalten. Zwischenzeitlich sind fünf Wo-

chen vergangen. Jetzt soll hopplahopp bis nächsten Dienstag irgendeine Einigung stattfinden. Wir haben eine ganz klare Aufforderung an Sie: Ziehen Sie Ihren Gesetzentwurf zurück, dann können wir im September, wenn der Volksentscheid zur Artenvielfalt ansteht – da wird es eine Volksabstimmung geben –, noch einmal darüber diskutieren. Reichen Sie bis dahin ein Klimaschutzkonzept ein. Erarbeiten Sie Maßnahmen. Wir können dann darüber diskutieren. Wir wollen kein Hopplahopp, damit Sie bei der Europawahl wahltaktisch einen guten Aufschlag haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Beißwenger, bitte sehr.

Eric Beißwenger (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, dass ich gesagt hätte, 50 Moore würden reichen, und mit dem Rest machen wir nichts. Das Programm, welches ich angesprochen habe, hat keinen einschränkenden Faktor, wonach nur bestimmte Moore ins Programm aufgenommen werden können. Ich verstehe nicht ganz, warum die CO₂-Belastung gestiegen ist. Ich habe Ihnen meinen Eindruck geschildert: In Bayern ist in diesem Zeitraum die Bevölkerungszahl deutlich gestiegen, und wir haben – erfreulicherweise – eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung gehabt. Dafür sind wir sehr dankbar. Ich teile Ihre Auffassung nicht, wonach dies alles Maßnahmen seien, die nicht funktionierten. Eine Milliarde Euro sprechen für sich. Mehr braucht man dazu nicht sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Martin Stümpfig (GRÜNE):
Schwach!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Beißwenger, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Ich darf bekannt geben, dass die Fraktion der GRÜNEN zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Für eine Zwischenbemerkung hat sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Arnold gemeldet.

Horst Arnold (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Beißwenger, Sie haben das KULAP angesprochen. Das KULAP ist ein richtiges und wichtiges Programm. Sie sagen, dass sich das erledigt hat. Wissen Sie, wie viele Landwirte in Bayern prozentual gesehen am KULAP teilnehmen? Wissen Sie, wie viele nicht teilnehmen? Ich bezweifle, dass sich das Thema tatsächlich erledigt hat, wenn Sie das einmal ausrechnen. Ein erheblicher Teil wird nämlich von diesem Programm gar nicht erfasst. Das ist nicht die Art und Weise, wie man Klimaschutz generell betreiben sollte.

(Beifall bei der SPD)

Eric Beißwenger (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Kollege Arnold, der Staat kann die Rahmenbedingungen festlegen. Wir legen das Programm auf. Sie fordern im Übrigen nichts anderes. In Ihrem Antrag fordern Sie ein Programm, welches die Niedermoore schützt und renaturiert. – Wie auch immer Sie das ausformuliert haben wollen, weiß ich nicht; das können wir dann immer noch besprechen. – Generell ist es so, dass das Programm aufgelegt wird. Wie viele mitmachen, liegt nicht in unserer Hand und nicht in unserer Macht. Wenn Sie die Umwandlung per Ordnungsrecht festlegen wollen, wenn Sie die Leute enteignen wollen, dann sagen Sie das doch hier. Eiern Sie nicht länger rum.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Beißwenger. – Der nächste Redner ist der Kollege Alexander Hold von den FREIEN WÄHLERN.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, wir brauchen in Deutschland ein Klimaschutzgesetz. Wir brauchen eine dezentrale Energiewende. Wir müssen dafür sorgen, unsere Klimaziele zu erreichen. Wir brauchen mehr Förderung beim ÖPNV. Wir brauchen einen klimaverträglicheren Individualverkehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

So ist es. Das ist ganz klar. Lieber Herr Stümpfig, wenn Sie das Gefühl haben, die FREIEN WÄHLER seien hier eine Konkurrenz, dann mag das daran liegen, dass wir all das im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn es Ihnen um die Sache ginge, wären wir uns ja einig. Aber Ihnen geht es einfach um die Show. Es geht Ihnen um die Show, wenn man mit dem Dieselross zum Runden Tisch vorfährt, und um die Show, wenn man in einem Dringlichkeitsantrag derartige Dinge fordert. Einerseits werfen Sie uns bei unserer Gesetzesinitiative zur Verankerung des Klimaschutzes als Staatsziel vor, es bringe nichts, wenn man nur ein Ziel formuliert und keine konkreten Taten folgen. Andererseits bringen Sie heute einen Antrag, der vordergründig ganz bedeutungsschwanger ist, wobei Sie aber genau wissen, dass wir nur über irgendwelche Einzelthemen reden. Meine Damen und Herren, am Ende können wir aber nicht mehr sagen als das: Schön, dass wir darüber geredet haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie, lieber Herr Stümpfig, die Zustimmung – das muss man sich einmal vorstellen – zu einem Staatsziel Klimaschutz in der Verfassung davon abhängig machen, dass wir heute unsere Zustimmung zu diesem Fensterredenantrag geben, machen Sie klar: Ihnen geht es hier nicht um die Sache.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der FDP)

Gestern hat sich der Runde Tisch zum Thema Artenschutz getroffen, um in einer guten Atmosphäre konstruktiv und zielgerichtet Gespräche zu führen und zu einem konkreten Gesetzentwurf zu kommen. Lassen Sie uns das doch bitte als Vorbild zum Thema Klimaschutz nehmen

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Dann machen wir einen Runden Tisch! Ziehen Sie den Antrag zurück!)

und gemeinsam an Lösungen arbeiten, statt nur dazwischen zu blöken, lieber Herr Hartmann, und lassen Sie uns nicht in Fensterreden erschöpfen!

Wir haben Ihnen einen anderen Politikstil versprochen. Damit haben wir aber keine Sandkastenspiele gemeint, meine Damen und Herren, sondern effektives und kollegiales Arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Verschließen Sie sich nicht unserem Angebot!

(Florian von Brunn (SPD): Wie viele Runde Tische wollen Sie noch einrichten?)

Machen Sie mit beim Staatsziel Klimaschutz, und lassen Sie uns im Gesetzgebungsverfahren alles, was Sie heute in diesem Antrag verpackt haben, sachlich diskutieren, meine Damen und Herren!

Ich möchte zum Abschluss nur noch unser aller Umgang mit Dringlichkeitsanträgen ansprechen. Wenn wir hier beschließen – das sage ich extra ganz langsam, damit Sie mitdenken können –,

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh! – Florian von Brunn (SPD): Damit hat er die FREIEN WÄHLER gemeint!)

dass wir befürworten, dass der Landtag mit seiner Arbeit anfängt, dann führen wir – Entschuldigung! – das Institut Dringlichkeitsantrag ad absurdum, dann machen wir uns kleiner, als wir sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lassen Sie uns vernünftige Gesetze einbringen, diskutieren und verabschieden, anstatt Zeit mit Fensterreden zu verbringen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hold. – Das Wort hat der Abgeordnete Klingen von der Fraktion AfD.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren! Gerade haben wir das Volksbegehren "Artenschutz" zur Rettung von Bienen, Vögeln und Schmetterlingen erfolgreich beendet, und jetzt beantragen die GRÜNEN in ihrem Dringlichkeitsantrag unter anderem einen Zubau von mehreren Hundert Megawatt Windkraftanlagen, den größten Killern von Vögeln.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Bis zu 100.000 Vögel werden jedes Jahr von den Rotorblättern geschreddert, außerdem unzählige Fledermäuse, unzählige Insekten und Bienenvölker.

(Beifall bei der AfD)

Diese Windräder, die übrigens nach Ende der Laufzeit als Sondermüll entsorgt werden müssen, sollen also Gegenstand des neuen Bayerischen Klimaschutzgesetzes zur Rettung unserer Welt sein? Man fragt sich: Ist das bereits Wahnsinn im Endstadium, oder gibt es da noch eine Steigerung?

(Florian von Brunn (SPD): Ja! Bitte zurück zur Atomkraft!)

Um es mal in aller politisch unkorrekten Deutlichkeit zu sagen: Ihr Antrag ist ein Produkt aus dem ideologischen Wolkenkuckucksheim.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Oh mein Gott!)

Die Ursachen der Erderwärmung können nicht eingedämmt werden; denn der Wechsel von Kälte- und Hitzeperioden ist ein natürlicher Prozess, den es seit Millionen von Jahren gibt.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Klimaleugner!)

Der Anteil des Menschen an der Erderwärmung ist so gering, dass er nicht ins Gewicht fällt, auch wenn wir alles tun würden, um klimaneutral zu leben, was in letzter Konsequenz bedeuten würde, dass wir aufhören müssten zu existieren.

Die Forderung nach einem Erneuerbare-Wärme-Gesetz ist ebenfalls ein Steuergeld fressender Wahnwitz. Beim EEG hat sich bereits gezeigt, dass es nur Probleme und hohe Kosten verursacht. Was sollte bei einem Erneuerbare-Wärme-Gesetz anders sein? – Wir haben schon jetzt mit die höchsten Strompreise in ganz Europa, die sich kaum noch jemand leisten kann. Wie weit wollen Sie die Bürger, vor allem Geringverdiener und Rentner, noch belasten?

Der sogenannte menschengemachte Klimawandel ist eine Fiktion aus der Welt des Aberglaubens, die jeglicher wissenschaftlichen Grundlage entbehrt.

(Florian von Brunn (SPD): Hört, hört!)

Und dafür soll die Bayerische Verfassung geändert werden? – Willkommen im Tollhaus!

Einer Veröffentlichung der Bilanz von Treibhausgasemissionen wäre zwar grundsätzlich zuzustimmen, allerdings würde sie nicht wirklich im Sinne unserer verehrten Kollegen von den GRÜNEN ausfallen. Schließlich ist CO₂ weniger ein gefährliches Treibhausgas als vielmehr ein für Pflanzen notwendiges Stoffwechselelement. Zum Vergleich: Methan, ein Stoffwechselprodukt der Rinder, das aber auch beim Reisanbau entsteht, ist 25-mal klimawirksamer als CO₂, und diesen weltweiten Emissionen wollen Sie mit einem Bayerischen Klimaschutzgesetz entgegenwirken? Wie sieht Ihre Strategie hier aus? Den Menschen nach dem Auto auch noch das Fleischessen verbieten? Den Menschen in Asien den Reis wegnehmen? – Sie betreiben eine irrwitzige Phantompolitik, die einer fortschrittlichen Industrienation unwürdig ist.

Die AfD-Fraktion lehnt deshalb Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn von der SPD.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist heute der zweite Dringlichkeitsantrag im Zusammenhang mit der Frage, ob der Klimaschutz als Staatsziel in die Bayerische Verfassung aufgenommen werden soll.

Zweifellos ist die Bekämpfung der Klimaerhitzung ein Hauptproblem der Politik, eine Überlebensfrage der Menschheit. Da ist schnelles und entschlossenes Handeln erforderlich. Aber genau das hat die Bayerische Staatsregierung in den letzten Jahren vermissen lassen; sonst würden die Treibhausgasemissionen in Bayern nicht wieder steigen, und wir hätten Fortschritte beim Klimaschutz. Vor allem die Emissionen aus dem Verkehr haben stark zugenommen, durch immer mehr Auto-, Lkw- und Flugverkehr.

Was hat die Staatsregierung dagegen unternommen? – In der letzten Legislaturperiode wurde das Staatsziel Klimaschutz in der Verfassung abgelehnt. Vor Kurzem wurde zum dritten Mal hier einem Entwurf der SPD für ein Klimaschutzgesetz nicht zugestimmt, sondern er wurde abgelehnt. Sie halten weiterhin an der dritten Startbahn für den Münchner Flughafen fest, obwohl gerade der CO₂-Ausstoß des Flugverkehrs immer weiter zunimmt, anstatt dass Sie auf umweltfreundliche Alternativen, also die Verlagerung auf die Schiene, setzen. Sie haben den Ausbau der Windkraft in Bayern gestoppt und damit fast vollständig die Energiewende, durch Ihre unsinnige 10-H-Regelung. Und Sie haben den Ausbau des umweltfreundlichen Verkehrs in Bayern in den letzten Jahren massiv vernachlässigt.

Wir halten ein Staatsziel Klimaschutz in der Verfassung grundsätzlich für richtig. Aber wir stehen nicht dafür zur Verfügung, dass sich CSU und FREIE WÄHLER jetzt, vor der Europawahl, ein grünes Mäntelchen umhängen können.

Ohne konkrete Belege für eine echte, ambitionierte und entschlossene Klimaschutzpolitik gibt es keine Zustimmung. Das erklärt unsere beiden Dringlichkeitsanträge. Wir machen ganz konkrete Vorschläge als Basis für eine Einigung im Interesse eines echten Klimaschutzes,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

zum Beispiel zur Wiederaufnahme der Energiewende, des Ausbaus der Windkraft in Bayern, zum Beispiel zum weiteren Ausbau eines umweltfreundlichen Verkehrs, für umweltfreundliche, bezahlbare Mobilität in Stadt und Land mit Kostenfreiheit für junge und ältere Menschen sowie sozial Benachteiligte und zur Einführung einer ehrlichen und transparenten Klimaverursacherbilanz in Bayern. Sie können jetzt zeigen, wie ernst es Ihnen mit echter Klimaschutzpolitik ist. Sie sollten unsere Vorschläge aufgreifen; dann können wir in Bayern Klimaschutz machen, Nägel mit Köpfen, und das auch in die Bayerische Verfassung hineinschreiben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr von Brunn. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Kollegen Christoph Skutella von der FDP.

Christoph Skutella (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bekämpfung des Klimawandels ist unser aller Aufgabe; darin wenigstens stimmen wir alle überein. Umso befremdlicher ist es allerdings für mich, dass Sie den Klimaschutz für parlamentarische Spielchen nutzen. Ein Dringlichkeitsantrag wird doch der Wichtigkeit des Themas nicht einmal ansatzweise gerecht,

(Beifall bei der FDP)

und deshalb hat diese Debatte heute offensichtlich auch nur einen Zweck: Sie wollen sich mal wieder als große Klimaretter inszenieren, und nächste Woche verweigern Sie

an dieser Stelle dem Klimaschutz den Verfassungsrang. Das ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kommen Sie jetzt bitte nicht wieder damit, dass die Aufnahme des Klimaschutzes in die Verfassung nichts bringe und nur eine Worthülse sei. Eine Staatszielbestimmung Klimaschutz wäre eine verfassungsrechtliche Wertentscheidung, die von allen staatlichen Stellen zu beachten wäre. Das würde den Klimaschutz selbstverständlich voranbringen.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt zu Ihrem Antrag. Ich möchte einmal etwas herausstellen. Wir haben es heute schon einmal gehört, wir haben es vor drei Wochen gehört, bei der Beratung eines Antrags zum Thema Klimagesetz. Vor dem Hintergrund des europäischen Emissionshandels, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Bundesländer ihre Klimaschutzgesetze wieder zurücknehmen oder ihre Ziele verfehlen, weil den Ländern entscheidende Kompetenzen fehlen, vor dem Hintergrund des angekündigten Bundesklimaschutzgesetzes können wir feststellen, dass Klimaschutzgesetze auf Landesebene doch nur zu einem unnötigen Bürokratieaufbau und zu genauso unnötigen Kosten führen.

(Beifall bei der FDP)

Dann möchten Sie, Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, dass wir ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz, ähnlich dem in Baden-Württemberg, verabschieden.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) In Baden-Württemberg hat die FDP auch mitgemacht!)

– Dazu komme ich noch. – Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Baden-Württemberg trat 2008 in Kraft. Ziel des Gesetzes war es, die Quote der energetischen Sanierung im Gebäudebestand zu erhöhen. Der mit dem Gesetz beabsichtigte Modernisierungs-

boom blieb aber aus. Mehr noch, die starren Pflichtanteile haben sich als Sanierungsbremse erwiesen. Wir würden diesem Gesetz heute auch nicht mehr zustimmen. Nur so viel, weil Sie es erwähnen. Wir müssen nicht die gleichen Fehler wiederholen, die wir in Baden-Württemberg gemacht haben.

(Beifall bei der FDP)

Nach Angaben des Bundesindustrieverbandes Haus-, Energie- und Umwelttechnik ging in den Jahren 2008 bis 2012 die Zahl der ausgetauschten Heizungen in Baden-Württemberg um etwa 10 % zurück, während gleichzeitig bundesweit ein Anstieg um 5 % verzeichnet wurde. Der Schornsteinfegerverband hat den Zeitraum bis 2012 untersucht und mit Bayern verglichen. Ergebnis: Im Freistaat wurden ohne die starren gesetzlichen Vorgaben 40 % der Altanlagen ausgetauscht, in Baden-Württemberg hingegen nur 30 %. Der Grund liegt auf der Hand. In Bayern kostet der Heizungstausch im Schnitt rund 9.000 Euro, in Baden-Württemberg das Doppelte. Dies zeigt doch deutlich, dass ein EEG-Pflichtanteil energetische und klimaschutzwirksame Maßnahmen nur ausbremst, statt sie zu fördern. Ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz Bayern nach dem Vorbild von Baden-Württemberg lehnen wir deshalb ab.

Das stärkste Instrument des Klimaschutzes halten wir bereits in unseren Händen, und das ist der Emissionshandel. Es gilt, diesen weiter zu stärken und auszubauen und langfristig ein globales System zu etablieren. Wenn Sie, Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, wirklich zu den Verfechtern des Klimaschutzes gehören, dann tun Sie eines: Stimmen Sie zu, dem Klimaschutz Verfassungsrang einzuräumen, damit er so die Bedeutung erhält, die er verdient.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Skutella. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Thorsten Glauber.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Präsident, wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Martin Stümpfig, ich schätze dich sehr. Ich finde es schade, dass sich die Fraktion nicht durchringt. Sie wissen doch genau, dass sich die Fraktionsvorsitzenden in knapp zwei Stunden zusammensetzen, um genau über dieses Thema, den Klimaschutz in die Verfassung aufzunehmen, zu diskutieren.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Dafür waren fünf Wochen Zeit!)

Wenn man konstruktiv zusammenarbeiten will, dann nutzt man doch nicht hier Plenarsaal-Spielchen, um die Dinge geradezuziehen, weil man nicht miteinander arbeiten will. Das ist doch eines Parlamentes nicht würdig, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Das ist der Stil des Herrn Abgeordneten Stümpfig!)

– Es ist einfach ein schlechter Stil, wenn man sich hier hinstellt und im Prinzip schon die Türen geschlossen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich rufe Ihnen noch einmal zu: Lassen Sie uns gemeinsam an diesem Thema arbeiten. Wenn man über "Fridays for Future" spricht und die Jugendlichen ernst nehmen will, dann wissen doch Sie alle, die Sie heute mit uns an diesem Thema arbeiten wollen, sehr genau, dass es um viel wichtigere Dinge als um einzelne Bausteine geht. Es geht beispielsweise um den Verkehrssektor, um den Wärmesektor. In diesem Fall geht es um Fragen, die das Wirtschaftsministerium betreffen, das Verkehrsministerium.

(Florian von Brunn (SPD): Es geht um Taten statt Worte!)

– Herr Kollege von Brunn, Sie wissen ganz genau, dass man solche Themen nicht in 100 Tagen lösen kann. Ich sage Ihnen aber einmal etwas anderes, denn Sie haben

schon lange Verantwortung in Berlin, und da gibt es Dinge, die Sie nicht gut angehen. Nehmen wir doch einmal das Thema Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz – EEWärmeG – oder das EE-Gesetz im Allgemeinen.

(Florian von Brunn (SPD): Bleiben Sie in Bayern!)

Nehmen wir das Thema Gebäudesanierung. Jeder Bauherr ist heute gezwungen, bei der Gebäudesanierung die jetzigen EEG-Regelungen zu übernehmen. Er hat keine Wahlmöglichkeit. Es wäre aber doch viel klüger, dieses Gesetz nicht weiter fortzuschreiben, sondern zu hinterfragen, wie der Grenznutzen ist. Der Grenznutzen ist nicht realisierbar. Sie investieren 20.000 Euro für einen Benefit von 100 oder 200 Euro Wärmeertrag. Wenn Sie dieses Geld anderweitig investieren würden, dann würden Sie einen höheren Benefit bekommen. Wenn diese Investition in eine eigene PV-Anlage getätigt würde, würde das mehr bringen. Solche Dinge umzusetzen, das schaffen Sie aber auch nicht. Dann werfen Sie uns aber auch nicht vor, nach 100 Tagen müsste die Koalition liefern. Wir setzen uns nämlich hin, arbeiten Thema für Thema ab und versuchen, die Dinge zusammenzubringen, die wirklich sinnvoll sind. Sie aber versuchen, das Thema hier für politische Spielchen zu nutzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das machen wir nicht mit, denn am Ende geht es um Wirtschaftlichkeit. Es geht nicht um Schnellschüsse, sondern um Wirtschaftlichkeit. Es geht doch darum, mit dem besten materiellen Einsatz den höchsten ökologischen Wert zu erzielen. Das ist unser Ziel. Das ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Daran werden wir festhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wie gesagt, keine Spielchen hier. Wir gehen das Thema an. Wir nehmen das Thema ernst. Wir schieben es auch nicht weg. Ich finde es aber nach wie vor schlecht, nach-

dem wir uns in zwei Stunden zusammensetzen wollen, dass Sie sagen, Sie sind nicht mehr gesprächsbereit. Das macht man nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Für eine Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister Glauber, ich habe es gerade schon einmal gesagt. Am 14.01. dieses Jahres gab es das erste Gespräch, bei dem Herr Hartmann und Frau Schulze von unserer Seite dabei waren. Weshalb wurde fünf Wochen gewartet, um jetzt, schnell, schnell was zu tun, nach dem Motto: "Heute ist die Tagesordnung relativ kurz, ach, da haben wir noch Zeit, da können wir uns noch einmal zusammensetzen"? Unsere nächste Fraktionssitzung ist kommenden Mittwoch. Wie stellen Sie sich das denn im parlamentarischen Ablauf vor?

Die zweite Frage: Der Klimaschutz ist einfach zu wichtig, um ihn nur als Wort in die Verfassung aufzunehmen.

(Alexander König (CSU): Faule Ausreden!)

Ich frage Sie, den zuständigen Umweltminister: Was hat die Verfassungsänderung im Jahr 1984 denn tatsächlich gebracht, als man das Wort "Umweltschutz" in die Bayerische Verfassung aufgenommen hat? Ist seither die Artenvielfalt besser geworden, oder ist sie zurückgegangen? Wie sieht es bei unserem Trinkwasser aus? Ist es besser geworden, oder hat es sich verschlechtert? Wie sieht es mit dem Flächenfraß aus?

(Alexander König (CSU): Das sind doch kümmerliche Argumente!)

Wie sieht es mit den Schadstoffen in der Luft aus? Und so weiter und so fort. Das ist für uns die Grundlage, weshalb wir sagen: Wir wollen nicht wieder darauf hereinfallen,

dass Sie ein Wort in die Verfassung aufnehmen, damit das Thema abhaken, und dann geht es weiter wie bisher. Deshalb hier die klare Frage an Sie, Herr Minister Glauber: Was hat es tatsächlich gebracht, den Umweltschutz 1984 in die Verfassung aufzunehmen?

(Alexander König (CSU): Er versteht nicht, was ein Verfassungsrang für eine Bedeutung hat!)

Ist die Bilanz heute, im Jahr 2019, tatsächlich positiv?

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Hagen (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Die ist viel besser als damals!)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Kollege Stümpfig, genau das war auch Thema des Gesprächs, das ich mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden Ludwig Hartmann geführt habe. Wir haben darüber diskutiert, wie man das gemeinsame Ziel des Verfassungsrangs erreichen kann. Er hat mir zugerufen, er wird auf mich zukommen, er wird ein Themenfeld vorlegen. Das habe ich aber bis heute nicht bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn Sie uns also vorwerfen, dass wir nicht gesprächsbereit sind, dann muss ich schon sagen, ich bin auf Ihren Fraktionsvorsitzenden zugegangen. Ich habe versucht, das Thema mit ihm gemeinsam auszuloten. Ich finde es schade, wenn Sie sich dann hier hinstellen und sagen, wir wären fünf Wochen nicht gesprächsbereit gewesen. Wir waren gesprächsbereit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Das ist doch Doppelzüngigkeit!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Es liegt noch eine weitere Wortmeldung für eine Zwischenbemerkung vor, von Herrn Kollegen Florian von Brunn von der SPD.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Minister Glauber, wir reden doch nicht erst seit 100 Tagen über den Klimaschutz, sondern wir reden seit Beginn der 1990er-Jahre über dieses Thema. Sie mögen für sich vielleicht in Anspruch nehmen, dass Sie erst seit 100 Tagen im Amt sind, aber Sie müssen auch die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass diese Bayerische Staatsregierung und ihre Vorgängerinnen beim Klimaschutz versagt haben. Sonst würden die Treibhausgasemissionen nicht wieder steigen. Wir sagen, in dieser Frage haben Sie keine Bonität, Sie wollen aber von uns einen Kredit für eine Symbolpolitik. Wir wollen von Ihnen gerne konkrete Vorschläge, und die haben Sie bisher nicht vorgelegt.

(Alexander König (CSU): Erklären Sie mal, was ein Staatsziel ist, Herr Staatsminister! Er hat nämlich keine Ahnung davon!)

Das wäre die Vertrauensbasis für eine Zusammenarbeit. Ich sage Ihnen, wenn Sie dieses legitime Anliegen, das wir hier ins Parlament bringen, um darüber in der Öffentlichkeit zu diskutieren – denn die Öffentlichkeit hat ein Interesse und auch das Recht, darüber etwas zu erfahren –, abwerten und das als Spielchen und schlechten Stil bezeichnen, dann schaden Sie damit dem Ansehen des Parlaments und den politischen Debatten in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Alexander König (CSU): So ein Quatsch!)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Kollege von Brunn, das ist nicht lauter, wenn man genau weiß, dass man sich zwei Stunden später zusammensetzen wird, um das Thema zu diskutieren. Ihnen wird ein Gesprächsangebot unterbreitet.

(Alexander König (CSU): Dazu sagt er nichts, der Herr von Brunn!)

Zum Verfassungsrang und Staatsziel: Bereits in der letzten Legislaturperiode hat man versucht, sich dem Thema zu nähern. Wir haben es aufgegriffen. Jetzt wollen Sie dem Thema nicht mehr nähertreten.

(Widerspruch bei der SPD)

Das gesellschaftliche Ansehen, das wir damit erreichen können, ist Ihnen scheinbar nicht so wichtig. Gerade habe ich versucht, aufzuzeigen, dass parallel dazu an einem Klimaschutzgesetz gearbeitet wird. Das Thema ist vielfältig. Schauen Sie in den Koalitionsvertrag. Darin stehen viele Punkte, die dem Klimaschutz helfen werden. Die Botschaften aus dem Koalitionsvertrag muss man in einem Gesetz zusammenbringen. Das dauert einfach, und das wissen Sie. Daran arbeiten wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, die in namentlicher Form stattfindet. Die Urnen sind bereitgestellt. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 13:51 bis 13:56 Uhr)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Ich darf Sie bitten, an Ihre Plätze zurückzukehren.

(Unruhe)

Ich möchte keine Präsenz abfragen. – Als Erstes darf ich Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hagen, Dr. Kaltenhauser, Sandt und anderer und Fraktion (FDP) betreffend "Bayerns Mittelstand soll

nicht die Steuern der Internetmultis zahlen" auf Drucksache 18/376 bekannt geben. Mit Ja haben 86 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 100 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig und anderer und Fraktion (GRÜNE) betreffend "Umfassender Klimaschutz für Bayern" auf Drucksache 18/378 bekannt. Mit Ja haben 55, mit Nein 122 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.02.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Umfassender Klimaschutz für Bayern (Drucksache 18/378)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas			
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto			
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	55	122	0